



vertraulich

Landeshauptstadt Dresden
Der Oberbürgermeister

Fraktion DIE LINKE.
im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden
Herrn Stadtrat
André Schollbach

GZ: (OB) GB 2

Datum: - 6. SEP. 2016

Veränderungen im kommunalen Finanzausgleich mAF0139/16

Sehr geehrter Herr Schollbach,

Ihre mündliche Anfrage aus der Stadtratssitzung vom 18.08.2016 beantworte ich wie folgt:

„Die Sächsische Staatsregierung hat am 22. Juli den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2017/2018 sowie am 01. August den Entwurf des Gesetzes zu en Finanzbeziehungen zwischen dem Freistaat Sachsen und seinen Kommunen vorgelegt.

Welche Konsequenzen hätten die geplanten Veränderungen bei dem Finanzausgleich für die Landeshauptstadt Dresden, insbesondere für die Jahre 2017 bis 2020?“

Sie kennen die Gesamtzusammenhänge, da Sie vor einigen Monaten in einer aktuellen Stunde ausführlich aus einer Anhörung des Sächsischen Landtages den Vortrag von Herrn Vorjohann referiert haben.

Das Förderprogramm „Brücken in die Zukunft“ bedeutet, in den nächsten vier Jahren bekommt die Stadt 105 Mio. Euro vom Freistaat als Landesförderung und 35 Mio. Euro Förderung vom Bund aus dem Bundesbudget. Die Kehrseite dessen ist die Verabredung mit den beiden kommunalen Spitzenverbänden, dass im Rahmen des FAG zu Lasten der kreisfreien Städte 40 – 60 Mio. Euro zugunsten der kreisangehörigen Gemeinden und Landkreisen umverteilt werden. Hintergrund dessen sind die unterschiedlichen demografischen Entwicklungen. Der Gesetzesentwurf sieht nun 50 Mio. Euro Umverteilung vor. Dies wird die Stadt Dresden mit 21 Mio. Euro treffen, was der Prognose, die vor einigen Monaten in Kontext dieser Diskussion getroffen wurde, entspricht. Sodass die Verwaltung sagt, dass das Zusammenspiel aus „Brücken in die Zukunft“ und Umverteilung von Mitteln im FAG für die kreisfreien Städte ein Null-Summen-Spiel darstellt. Die Stadt gewinnt bei dem Thema also nicht.

1. Nachfrage von Herrn Stadtrat Schollbach

„Gut, da möchte ich gerne eine Nachfrage stellen. „Brücken in die Zukunft“ ist ja von überschaubarer zeitlicher Bedeutung – es ist ja begrenzt. Was und während der kommunale Finanzausgleich ja nicht begrenzt ist, der läuft ja weiter. Was ist also ab dem Zeitpunkt, ab dem wir keine Mittel mehr aus „Brücken in die Zukunft“ erhalten, aber die Neuordnung des kommunalen Finanzausgleiches weiter läuft? Was wird die Landeshauptstadt Dresden dann Jahr für Jahr weniger an Einnahmen aus diesem Bereich erhalten?“

Dieser Punkt ist offen. Man hat sich darüber verständigt, die Thematik in vier Jahren nochmals zu betrachten. Auf eine Frage des damaligen finanzpolitischen Sprechers der SPD-Fraktion in Anhörung zur Situation der finanziellen Mittel in vier Jahren, hat er geantwortet, dass er die Machtverhältnisse des ländlichen Raums und die Widerspiegelung im Landtag so sieht, wie sie sind. Es wird für die kreisfreien Städte vermutlich schwierig sein, das Rad zurück zu drehen, zumal die demografische Entwicklung so voranschreitet, wie sie sich in den letzten Jahren abgebildet hat. Die großen Städte, mindestens Leipzig und etwas vermindert Dresden, werden weiter wachsen, sodass der Druck in den ländlichen Räumen weiter steigt. Die Großstadtpartei, SPD-Fraktion, hat zu seinem Bedauern, die Umverteilung mit bestimmt. Entsprechend ist es ein großer Konsens in der großen Koalition, dass umverteilt wird. Herr Vorjohann ist skeptisch, dass in vier Jahren wieder umverteilt wird.

2. Nachfrage von Herrn Stadtrat Schollbach

„Gestatten Sie bitte die zweite Nachfrage. Stimmen sie mir Erstens zu, dass diese Gesetzentwürfe die sächsische Staatsregierung unter Führung des Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich (CDU) und ausgearbeitet vom Finanzminister Prof. Unland (CDU) vorgelegt hat und dass diese Gesetzesentwürfe jetzt tatsächlich dazu führen, dass, wenn daran nichts mehr geändert wird, wir dann nach dem Jahr 2020 jährlich, strukturell 20 Mio. Euro weniger aus dem Finanzausgleich erhalten und damit natürlich eine strukturelle Umverteilung stattfindet?“

Die große regierende Koalition (bestehend aus der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion) hat einvernehmlich verabredet, dass den kreisfreien Städten Geld weggenommen wird. Herr Vorjohann hat mit allen Landtagsabgeordneten das Gespräch gesucht, insbesondere auch mit den Dresdner Abgeordneten der SPD-Fraktion, in dem mitgeteilt wurde, dass es so bleibt wie es ist und Dresden soll sich nicht beschweren.

Mit freundlichen Grüßen


Dirk Hilbert


Detlef Sittel
Erster Bürgermeister